



Petra Weis

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bau- und wohnungspolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

Petra Weis, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Antwort Aktion „Roter Schuh“
der SPD Duisburg

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 74709
Fax: (030) 227 - 76709
Email: petra.weis@bundestag.de

Wahlkreis

Kuhstr. 12
47051 Duisburg
Tel.: (0203) 485 79 93
Fax: (0203) 485 79 94
Email: petra.weis@wk.bundestag.de

Berlin, 02.10.2007

Bahnprivatisierung

Sehr Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Teilnahme an der Aktion „Roter Schuh“ der Duisburger SPD und ihrer damit verbundene Anfrage zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn, die ich hiermit gern beantworten möchte.

Der Bundestag hat vor fast einem Jahr einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, der die Bundesregierung auffordert, ein Privatisierungsgesetz mit fest umrissenen Vorgaben zu erarbeiten. Auf dieser Basis hat die Bundesregierung nun ein Gesetz zur Teilprivatisierung für das bundeseigene Unternehmen Deutsche Bahn AG vorgelegt, mit dem die bahnpolitischen Ziele umgesetzt werden sollen. Ziele der Bahnreform sind unverändert vor allem „mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen“ und „für eine nachhaltige Entlastung des Bundeshaushaltes“ zu sorgen.

Im Mittelpunkt der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG stehen die Bahnkunden. Das sind die Bürgerinnen und Bürger, die die Eisenbahn als leistungsfähiges, pünktliches, kostengünstiges und serviceorientiertes Verkehrsmittel nutzen wollen, ob als Geschäftsreisende oder als Familien, im Nah- und Fernverkehr sowie im Güterverkehr.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion bleibt das Netz Eigentum des Bundes. Laut dem nun vorliegenden Gesetzentwurf soll das Netzmanagement für die Dauer von 15 Jahren an die Deutsche Bahn AG übertragen werden. Sie ist jedoch über eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund verpflichtet, eine hohe Netzqualität aufrechtzuerhalten. Somit ist sichergestellt, dass die in Jahrzehnten aus Steuermitteln aufgebaute Eisenbahninfrastruktur als Vermögen des Bundes erhalten bleibt. In Kombination mit der bereits bestehenden Regulierungsbehörde, deren Aufgabenbereiche noch ausgeweitet werden, werden der diskriminierungsfreie Netzzugang und ein fairer Wettbewerb auf der Schiene gewährleistet.



Sie haben in Ihrem Schreiben die Sorge geäußert, dass die geplante Teilprivatisierung der Deutschen Bahn das Angebot eines flächendeckenden Schienenverkehrs gefährden könnte. Ich kann Ihnen versichern, dass dies nicht geschehen wird. Denn die Bundesregierung hat in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Reihe von Sicherungsmechanismen eingebaut, die dafür sorgen, dass der Bund auch künftig seine Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur wahrnehmen kann.

Der Bund stellt den Ländern für die Bestellung des Regionalverkehrs Mittel in Höhe von rund sieben Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Länder sind für die Ausgestaltung und das Angebot des regionalen schienengebundenen Personenverkehrs verantwortlich. Die Bundesländer entscheiden über das jeweilige Angebot im Regionalverkehr und nicht der Bund. Daran wird sich auch durch das Gesetz über die Teilprivatisierung nichts ändern.

Die wichtigsten Ziele der Teilprivatisierung zusammengefasst:

1) Mehr Verkehr auf die Schiene

Wir wollen mehr Wettbewerb auf der Schiene. Der grundgesetzliche Auftrag des Bundes für die Infrastruktur bleibt weiterhin bestehen. Die Bahnunternehmen sollen ermutigt werden, schon bestehende Verkehrsangebote auszuweiten und neue Angebote zu entwickeln. Das Recht auf einen diskriminierungsfreien Netzzugang und fairen Wettbewerb verschiedener Bahnunternehmen wird dabei eine Rolle spielen. Dazu müssen die Regulierungsinstrumente der Bundesnetzagentur ausgeschöpft und ggf. fortentwickelt werden.

2.) Haushaltsbelastung begrenzen

Auf den Bund sollen keine weiteren über die in der Finanzplanung vorgesehenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Infrastrukturverantwortung zukommen. Auch zusätzliche Schulden und Risiken für den Bundeshaushalt sollen im Rahmen der Teilprivatisierung der DB AG ausgeschlossen werden.

3.) Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der DB AG erreichen

Für die DB AG bedeutet die Einigung auf die Eckpunkte der Teilprivatisierung ein Mehr an Planungssicherheit; sie kann ihren unternehmerischen Weg auf solider Basis fortsetzen.

4.) Beschäftigung sichern

Die SPD tritt mit Nachdruck für den integrierten Konzern ein. Nur so können wir den 230.000 Beschäftigten die Sicherheit geben, dass der konzerninterne Arbeitsmarkt der DB AG und das Beschäftigungsbündnis über 2010 fortgeführt werden. Bahnvorstand und Gewerkschaften können jetzt entsprechende Vereinbarungen abschließen.



Der Verzicht auf eine Teilprivatisierung der DB AG ist aus meiner Sicht keine Alternative. Wir müssen weitere Investitionen finanzieren und so Arbeitsplätze langfristig sichern beziehungsweise neue schaffen. Zum Vergleich: In den vergangenen 24 Jahren des Bestehens der Deutschen Bundesbahn bis 1994 wurden lediglich 50 Milliarden Euro investiert; dagegen wurde das System Schiene allein im Zeitraum von 1994 bis 2005 mit rund 92 Milliarden Euro im Rekordtempo modernisiert. Eine Fortsetzung dieser Investitionsoffensive ist ohne privates Kapital nicht möglich.

In den vergangenen Monaten hat der Deutschen Bundestag mehrere Anhörungen zum Thema Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG abgehalten. Die SPD-Bundestagsfraktion wird nichts „übers Knie brechen“, sondern sich die Zeit nehmen, über die Inhalte des Gesetzentwurfes zu diskutieren und offene Fragen zu klären. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen viel Zeit in das Thema Bahnprivatisierung investiert. Wir wollen das Beste für die Kunden, die Mitarbeiter und die globale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Verkehrsträgers Bahn.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Weis, MdB